

Arbeitslosigkeit ist kein Schicksal

Schafft Arbeitszeitverkürzung Arbeitsplätze?

Bislang hat jede Arbeitszeitverkürzung mehr Arbeitsplätze geschaffen. In Frankreich entstanden mit Einführung der 35-Stunden-Woche rund 350.000 neue Jobs. In der deutschen Metallindustrie sicherte bzw. schuf die 35-Stunden-Woche von 1985 bis 1992 mindestens eine Million Arbeitsplätze. In Österreich würde eine 35-Stunden-Woche laut WIFO-Studie 84.000 bis 113.000 Jobs schaffen. Eine Halbierung der 270 Millionen jährlich geleisteten Überstunden brächte über 30.000 neue Stellen. Zusätzlich bringt eine Arbeitszeitverkürzung eine gerechtere Verteilung von Arbeit zwischen Voll- und Teilzeit und somit auch zwischen Männern und Frauen.

Quellen: WIFO, WSI, AK, Universität Wien

Arbeitslos nach Firmenpleite? Es geht auch anders!

2015 gingen in Österreich – oft durch Managementfehler – über 5.000 Firmen mit fast 22.000 Beschäftigten in Konkurs. Das müsste aber nicht zwingend zu Arbeitslosigkeit führen. In Italien können Beschäftigte „ihren“ Betrieb in Form einer Genossenschaft übernehmen. Grundlage ist ein Gesetz, das ihnen Unterstützung durch Fachleute und ein eigens gegründetes Finanzierungsinstitut garantiert. So wurden in der Krise **fast 6.000 Jobs gerettet**. Das sollte auch in Österreich möglich sein.

Wie öffentliche Investitionen finanziert werden können

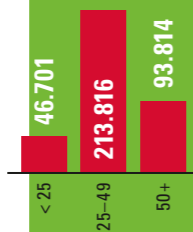
Zu einem guten Teil finanzieren sich Investitionen von selbst. Je höher die Beschäftigung, desto geringer die Ausgaben für Arbeitslosigkeit und desto höher die Steuereinnahmen. Von öffentlichen Investitionen in Bildung, Soziales und Klimaschutz profitieren auch kommende Generationen: **Wer hier spart, spart auf Kosten der Zukunft unserer Kinder!**

Wer hier spart, spart auf Kosten der Zukunft unserer Kinder!

Zusätzliche Investitionen lassen sich auch über höhere Vermögenssteuern finanzieren. Sie wären nur gerecht: Derzeit leisten Reiche und MillionerInnen in Österreich nur einen geringen Beitrag zum Steueraufkommen. Vermögenssteuern, auf den EU-Durchschnitt angehoben, brächten Mehreinnahmen von über vier Milliarden Euro – sozial garantiert treffsicher.

Derzeit leisten Reiche und MillionerInnen in Österreich nur einen geringen Beitrag zum Steueraufkommen. Vermögenssteuern, auf den EU-Durchschnitt angehoben, brächten Mehreinnahmen von über vier Milliarden Euro – sozial garantiert treffsicher.

Arbeitslosigkeit und Alter



2015 waren 3,4 % mehr Jugendliche (unter 25), 11 % mehr Personen im Haupterwerbsalter (25-49 Jahre) und 14,9 % mehr Über-50jährige arbeitslos gemeldet als im Jahr davor.

Quelle: AMS

Gefährden Flüchtlinge unsere Jobs? So eigenartig es klingt: Flüchtlinge bringen mehr Wachstum und Beschäftigung, wie Wirtschaftsprognosen zeigen. Je besser wir die Herausforderungen meistern, umso mehr Jobs können entstehen. Für Flüchtlinge ist es tatsächlich extrem schwierig, eine Arbeit zu bekommen. Eine Arbeitserlaubnis gibt es erst, wenn sie „Asylstatus“ haben. Aber auch dann bleiben genug Hürden: die Sprache, die Anerkennung von Ausbildungen, die Qualifikationen. **Integration erfolgt aber weitgehend über Arbeit.** Und sie ist notwendig, damit geflüchtete Menschen sich selbst erhalten können, Steuern und Abgaben zahlen, ihren Beitrag zur Gesellschaft leisten können etc. Mit einer engagierten Politik ist es möglich, dass alle, die arbeiten wollen, auch Arbeit bekommen. Zu unser aller Wohl!



Quelle: WIFO, IHS, OeNB

Arbeitslosigkeit und Geschlecht

Im Jahresdurchschnitt 2015 waren **149.261 Frauen** und **205.071 Männer** arbeitslos gemeldet. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr 2014 ein Plus von 9,9 Prozent bei den Frauen und 11,7 Prozent bei den Männern.



Arbeitslosenquote

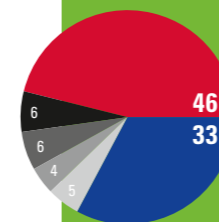
Quelle: Arbeitsmarkt & Bildung, AMS

Arbeitsmarkt: Hauptsache schnell vermittelt? Die österreichische Strategie, Arbeitslose möglichst schnell wieder in Beschäftigung zu bringen – egal, wie schlecht bezahlt oder unsicher diese auch ist – ist gescheitert. Nach durchschnittlich 1,6 Jahren stehen die Betroffenen erneut beim AMS, im Fall schlecht ausgebildeter Menschen sogar bereits nach sieben Monaten. **Andere Länder sind dazu übergegangen, Zeiten der Arbeitslosigkeit für echte Bildung und Qualifikation zu nutzen.** Die Menschen sind dann zwar länger weg vom Arbeitsmarkt – was angesichts der hohen Arbeitslosigkeit kein Drama ist – kehren aber nach zwei bis drei Jahren deutlich besser ausgebildet auf diesen zurück: Sie erhalten höhere Löhne und werden seltener arbeitslos.



Arbeitslosigkeit und Bildung: Wer ist am stärksten betroffen?

Von 100 Arbeitslosen haben als höchsten Bildungsabschluss ...



Pflichtschule
Lehre

5 Berufsbildende mittlere Schule
4 Allgemeinbildende höhere Schule
6 Berufsbildende höhere Schule
6 Universität, FH, Akademie

Auf ganze Zahlen gerundet, Stand: 2015, Quelle: Arbeitsmarkt & Bildung, AMS

IMPRESSUM: Medieninhaber: AUG/UG – Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/ Unabhängige GewerkschafterInnen, Belvederegasse 10/1, 1040 Wien Hersteller: Donau Forum Druck Verlagsort: 1040 Wien Herstellungsort: 1230 Wien

... und raus bist Du?

Arbeitslosigkeit bekämpfen ...

... nicht Arbeitslose!

Kurswechsel – jetzt!

Die Arbeitslosenzahlen erreichen Monat für Monat neue Rekordwerte. Eine Entspannung ist nicht in Sicht. Die Wirtschaftskrise hat Europa, auch Österreich, nach wie vor fest im Griff. Und die verfehlte Krisenpolitik der europäischen Regierungen, die auf Sparen statt Investitionen setzt, tut das ihre dazu, damit sich die Situation nicht bessert, sondern immer dramatischer wird.

Mit steigender Arbeitslosigkeit nehmen nicht nur Armut und Perspektivenlosigkeit zu, sondern erhöht sich auch der Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen. Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit muss daher an oberster Stelle stehen. Dazu braucht es aber einen grundlegenden politischen Kurswechsel.

Wir zeigen Wege aus der Krise auf: Wege im Zeichen von Solidarität und Fairness anstelle mieser Stimmungsmache ausgerechnet gegen jene, die die Krise am härtesten trifft: Arbeitslose, MindestsicherungsbezieherInnen, Flüchtlinge. Denn mit billigem Populismus lassen sich keine Probleme lösen. Und schon gar keine Jobs schaffen.

Die AUGE/UG –
Alternative, Grüne und
Unabhängige
GewerkschafterInnen

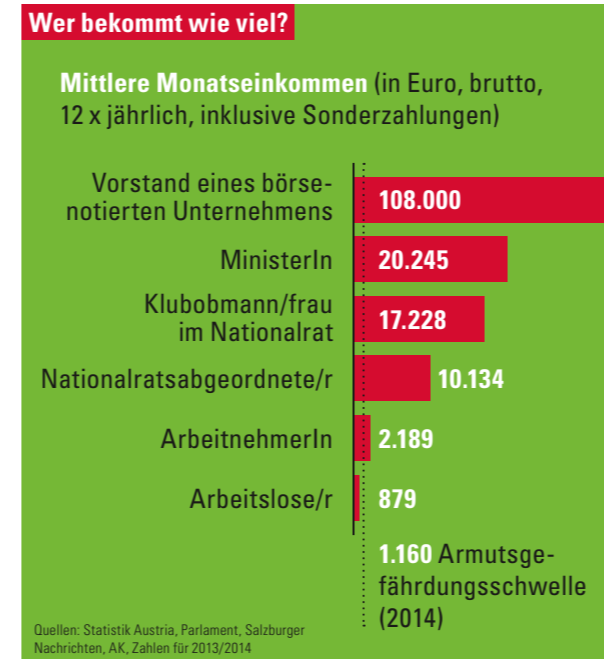


Arbeitslosigkeit bekämpfen ... nicht Arbeitslose!

Warum steigt die Arbeitslosigkeit so stark? Mit Ausbruch der Wirtschaftskrise 2008 stiegen die Arbeitslosenzahlen stark an. Damals steuerte die Regierung mit öffentlichen Ausgaben und Kurzarbeit dagegen und die Arbeitslosigkeit konnte eingedämmt werden. 2012 verpflichteten sich alle EU-Staaten zu Ausgabenkürzungen („Fiskalpakt“), um die u. a. wegen der Bankenrettung gestiegenen Staatsschulden abzubauen. Wenn alle Staaten, Länder und Gemeinden gleichzeitig sparen, gibt es weniger öffentliche Aufträge für Unternehmen, dafür aber mehr Arbeitslose und geringere Steuereinnahmen. So haben wir mehr und



mehr Arbeitslosigkeit, für deren Bekämpfung immer weniger Geld da ist. Ein Teufelskreis! Sparen führt nur noch tiefer in die Krise. Der Weg aus der Krise führt über sinnvolle und zielgerichtete Investitionen.



Ist die Unterstützung für Arbeitslose zu hoch? „Arbeitslosengeld und Mindestsicherung sind zu hoch. Da bleiben Arbeitslose lieber zuhause, statt arbeiten zu gehen“, behaupten rechtsgerichtete PolitikerInnen und UnternehmerInnen gerne. Das ist Unsinn. Ers-

tens: BezieherInnen von Arbeitslosengeld (ALG) und Mindestsicherung (BMS) können angebotene Jobs nicht einfach ablehnen. Zweitens: Die staatlichen Unterstützungen sind niedriger als man glaubt. ALG und BMS liegen statistisch deutlich unter der Schwelle zur Armutsgefährdung. Drittens: Das Arbeitslosengeld leistet gerade in der Krise einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft. Denn die Betroffenen geben es aus und sparen es nicht. Eine Kürzung würde den Konsum schwächen und zu noch

mehr Arbeitslosigkeit führen – und damit das genaue Gegenteil dessen bewirken, was uns konservative BesserwisserInnen einreden wollen.

Kann der Staat überhaupt was gegen Arbeitslosigkeit tun? „Der Staat schafft keine Arbeitsplätze, nur die Wirtschaft“, heißt es immer wieder. Das stimmt nicht. Im Gegenteil: Öffentliche Investitionen können zehntausende Jobs schaffen. Drei Beispiele: 500 Millionen Euro mehr für Kinderbetreuung schaffen Beschäftigung für 27.000 Menschen. Eine Milliarde Euro für soziale Dienste (z. B. Pflege) bringt bis zu 25.000 Arbeitsplätze zusätzlich. Eine Milliarde Euro für den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel schafft 16.000 bis 17.000 Jobs. Das kostet zwar Geld, bringt dem Staat zugleich aber mehr Steuereinnahmen und Pensionsbeiträge. Und reduziert Ausgaben für Arbeitslosigkeit und Pensionszuschüsse aus dem Budget. Quellen: WIFO, AK

Was die AUGE/UG fordert:

- **Arbeit FAIRteilen. Arbeitszeit FAIRkürzen** – in Richtung 30-Stunden-Woche. Mit einem gerechten Lohn- und Personalausgleich
- **Arbeitslosengeld und Notstandshilfe „armutsfest“ machen**
- **Vermögenssteuern einführen, Sparauflagen lockern**, damit Bund, Länder und Gemeinden wieder investieren können
- **Jobs durch Investitionen** in Bildung, Soziale Dienste, Klimaschutz, umweltfreundliche Mobilität und Infrastruktur schaffen
- **Neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik:** Rechtsanspruch auf Bildung und Qualifikation, Ausbau langfristig angelegter Bildungs- und Integrationsangebote sowie sozial-ökonomischer Projekte, Einrichtung einer Arbeitslosen-anwaltschaft zur Beratung und Vertretung Arbeitsloser
- **Flüchtlinge rasch in den Arbeitsmarkt integrieren:** Wer hier lebt, soll auch arbeiten dürfen.

